

Integration und Habitat

Intégration et habitat
Integrazione e abitato

Empfehlungen der
Eidgenössischen Ausländerkommission EKA

Recommandations de la
Commission fédérale des étrangers CFE

Raccomandazioni della
Commissione federale degli stranieri CFS

2004



**Publikationen zum Thema «Integration und Habitat»
in der Reihe «Materialien zur Integrationspolitik»**

**Die «angemessene Wohnung» als Voraussetzung für
den Familiennachzug.**

Die Praxis der Kantone im Vergleich.

Alberto Achermann

Raumplanung in der pluralistischen Gesellschaft

mit Beiträgen von Regina Kiener / Mathias Kuhn, Wolf Seidel sowie mit den Ergebnissen aus dem Workshop «Raumplanung und Integration».

Integrationsprojekte auf Quartierebene.

Ein anwendungsorientiertes Dossier. (Arbeitstitel)

Eidgenössische Ausländerkommission, Bundesamt für Wohnungswesen und Bundesamt für Raumentwicklung (Hg) erscheint 2005

**Interkulturelle Öffnung von Schlichtungsstellen in
Mietangelegenheiten. (Arbeitstitel)**

Eidgenössische Ausländerkommission, Bundesamt für Wohnungswesen und Bundesamt für Migration (Hg) erscheint 2005

Bestellungen:

Sekretariat EKA
Quellenweg 9
CH-3003 Bern-Wabern
031 325 91 16
eka-cfe@imes.admin.ch
www.eka-cfe.ch

Integration und Habitat – Wohnen, Siedlungspolitik und Raumplanung

Empfehlungen der EKA

Einleitung

Wohnen ist ein zentraler Aspekt des täglichen Lebens. Ein wesentlicher Teil unseres Alltags spielt sich in der eigenen Wohnung und im Zusammenleben mit der direkten Umgebung ab. Es ist daher nicht unbedeutend, wie die Wohnsituation konkret aussieht und wie sich das nachbarschaftliche Verhältnis oder der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen gestaltet.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den grossen Metropolen der Welt sind in der kleinräumigen und zersiedelten Agglomerationslandschaft der Schweiz Konzentrationen von Bevölkerungsgruppen einer bestimmten Herkunft wenig ausgeprägt. Einige Quartiere weisen zwar einen relativ hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern an der Bevölkerung auf. Diese Bevölkerungsgruppen setzen sich jedoch aus Personen sehr unterschiedlicher Herkunft zusammen. Ausserdem lässt sich beobachten, dass vor allem Angehörige der unteren sozialen Schicht in Stadtteilen, die als «belastet» bezeichnet werden, wohnen. Sozial schlechter gestellte Personen – sowohl mit als auch ohne Schweizer Pass – tragen daher die Hauptlast der Integration, denn diese ist in erster Linie eine sozioökonomische Herausforderung. Gut situierte Ausländerinnen und Ausländer wohnen in Quartieren mit hoher Lebensqualität – und werden in der Regel nicht als «Ausländer» wahrgenommen.

Seit den achtziger und neunziger Jahren ist im Zusammenhang mit Stadtentwicklungspolitik und mit Blick auf Entwicklungen in Paris, Berlin und London wiederholt von Segregationstendenzen auch in Schweizer Städten die Rede. Obwohl die Situation in der Schweiz mit derjenigen in anderen Ländern Europas nicht annähernd vergleichbar ist, wurden Quartiere mit einem durchschnittlich höheren Anteil von (unterprivilegierten)

Migrantinnen und Migranten als Bedrohung empfunden und als Quelle von Konflikten gewertet. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass Immobilienverwaltungen nur noch einen bestimmten Anteil der verfügbaren Wohnungen an Personen ohne Schweizer Pass vermieten oder sie sogar ganz vom Zugang dazu ausschliessen. Ebenfalls Folge solcher Bedrohungswahrnehmungen ist der Wegzug von Schweizer Familien und von besser gestellten Zugewanderten aus Quartieren, die als «Ausländerghettos» abgestempelt werden.

Solche Abwehrmassnahmen weisen darauf hin, dass Handlungsbedarf besteht. Es liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft, dass Diskriminierungen verhindert werden. Denn nicht nur gilt es aus moralischen Gründen, die Diskreditierung ganzer Gruppen von Menschen zu unterbinden. Es zeigt sich auch, dass es aus integrationspolitischer, stadtentwicklungspolitischer und volkswirtschaftlicher Perspektive von grosser Bedeutung ist, dass die Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen und in allen Quartieren gewährleistet und wo nötig verbessert wird. Der Zugang zum Wohnungsmarkt, zum öffentlichen Raum, zu Naherholungsgebieten und zur Infrastruktur muss allen Teilen der Bevölkerung ermöglicht werden, damit das einvernehmliche Zusammenleben und der soziale Zusammenhalt gesichert werden können.

Gleichbehandlung gewährleisten und Chancengleichheit fördern

Die Aufgabe der EKA ist es, sich mit Fragen der Integration sowie des Zusammenlebens der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung zu beschäftigen. Sie greift dabei regelmässig integrationspolitisch relevante Themen als Arbeitsschwerpunkte auf, um aus der vertieften Beschäftigung Inputs in die politische Debatte einzubringen. 2003 hat sich die EKA mit dem Themenbe-

reich «Integration und Arbeit» auseinandergesetzt, für 2004 und 2005 steht «Integration und Habitat – Wohnen, Siedlungspolitik und Raumplanung» im Mittelpunkt. Bei der Beschäftigung mit diesen Themen versteht sich die EKA als Anwältin für die besonderen Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten. Gleichzeitig weist sie aber darauf hin, dass viele Probleme, mit denen Zugewanderte konfrontiert sind, auch Schweizerinnen und Schweizer betreffen. So gesehen soll es in den folgenden Überlegungen nicht darum gehen, die eine Bevölkerungsgruppe gegenüber der andern auszuspielen. Vielmehr stellen letztlich die zu verfolgenden Handlungsansätze auf die gemeinsamen Bedürfnisse aller Bevölkerungssteile ab – inklusive der schweizerischen. Die EKA setzt dabei auf den Grundsatz der Gewährleistung der Gleichbehandlung von Einheimischen und Zugewanderten und der Förderung von Chancengleichheit für Benachteiligte.

Die Beschäftigung mit «Integration und Habitat» hat die EKA zu verschiedensten Aktivitäten geführt: Sie hat ein Netzwerk mit den wichtigen Akteuren in diesem Bereich aufgebaut, sie hat Recherchen zu konkreten Fragen in Auftrag gegeben und Lösungsansätze in Workshops erarbeitet, sie hat sich vor Ort über Projekte und Initiativen kundig gemacht und sich mit Bewohnerinnen und Bewohnern ausgetauscht, und schliesslich hat sie eine Reihe von Projekten initiiert, welche die Verbesserung der Integration im Bereich Habitat zum Ziele haben. Neben den nachfolgenden Empfehlungen erscheint eine Reihe von Publikationen, die sich mit spezifischen Aspekten der Integrationspolitik im Wohn- und Siedlungsbereich befassen. Damit soll auch das erarbeitete Know-how den beteiligten Akteuren zur Verfügung gestellt werden. Diese Arbeitsinstrumente sowie weitere Entwicklungen des Arbeitsschwerpunktes «Integration und Habitat» werden in den kommenden Monaten und Jahren auf der Website der EKA (www.eka-cfe.ch) dokumentiert.

Die Empfehlungen der EKA

Aufgrund ihrer Recherchen und Diskussionen mit Akteuren im Bereich der Wohn- und Siedlungspolitik stellt die EKA insbesondere auf zwei Ebenen Handlungsbedarf fest: Die Empfehlungen bezüglich «Zusammenwohnen erleichtern» beziehen sich auf Verbesserungen und Massnahmen im Nahbereich des Zusammenwohnens im Haus und im Quartier. Die Empfehlungen «Integrationshemmnisse beseitigen» erstrecken sich auf strukturelle Verbesserungen und Fragen des juristischen oder planerischen Bereichs.

«Zusammenwohnen erleichtern»

1. Lebensqualität in den Quartieren fördern

Die EKA plädiert für umfassende Massnahmen zur Förderung der Lebens- und Wohnqualität in allen Quartieren. Sie spricht sich dabei für einen pluralistischen Ansatz aus, der verschiedene Vorhaben und Initiativen miteinander verbindet. Zu nennen sind etwa die Bereitstellung von attraktiven Strukturen im Vorschul- und Schulbereich, die Schaffung von Angeboten für Jugendliche zur Freizeitgestaltung, die Anbindung an den öffentlichen Verkehr oder Investitionen in eine bewohnerfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums. Bei der Umsetzung solcher Massnahmen ist den integrationsfördernden Aspekten besonderes Augenmerk zu schenken.

Begründung: Viele Quartiere, die heute als «belastet» gelten, sind auch bezüglich des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen und Angeboten sowie punkto Gestaltung des öffentlichen Raums vernachlässigt. Die Tatsache, dass in solchen Gebieten tendenziell ein höherer Anteil von Zugewanderten wohnt, ist symptomatisch für integrationspolitische Defizite, die es zu beheben gilt.

Adressaten: Politikerinnen und Politiker, die sich mit Wohn- und Siedlungsfragen befassen, Stadt- und Quartierplanungsbehörden sowie beteiligte Wohnbauträger sind aufgerufen, mit Blick auf die drängenden Probleme im Bereich des Zusammenlebens entsprechende Massnahmen zur Förderung der Lebensqualität in allen Quartieren prioritär zu behandeln.

2. Zusammenarbeit der Akteure im Wohnbereich stärken

Die EKA spricht sich für eine engere Zusammenarbeit der Vermieterinnen und Vermieter, der Mieterschaft sowie von Schlüsselpersonen wie etwa den Hauswarten oder von Liegenschaftsverwaltungen vor Ort aus. Sie plädiert für eine klare Festlegung und für eine gezielte Information der gemeinsamen Regeln des Zusammenlebens sowie der Rechte und Pflichten der einzelnen Akteure. Sie unterstützt die Sensibilisierung von Anbietern auf dem Wohnungsmarkt in Fragen der Integration und die Förderung der interkulturellen Kompetenzen von Schlüsselpersonen.

Begründung: Konflikte im Wohnbereich und zwischen Nachbarn entzünden sich oft an unterschiedlichen Verhaltensweisen und an der ungleichen Gewichtung dessen, was Einzelne für ein einvernehmliches Zusammenleben als zentral erachten. Nicht selten entstehen Differenzen aber auch aus Unkenntnis der Rechte und Pflichten im Mietverhältnis. Und schliesslich verursachen mangelnde Information und fehlender Austausch zwischen den Akteuren Spannungen und Unverständnis.

Adressaten: Alle beteiligten Akteure, seien es Vermieter oder Mieterinnen, seien es Liegenschaftsverwaltungen, Hauswarte oder weitere im Quartier aktive Stellen (Schule, Freizeitbereich, etc.) werden aufgefordert, sich über die konkreten Probleme und Konflikte auszutauschen, sich über gemeinsame Regeln zu verständigen und zur Sensibilisierung im Bereich der (interkulturellen) Kommunikation beizutragen. Die entsprechenden Verbände auf nationaler und regionaler Ebene können mit Sensibilisierung und gezielter Information diesen Prozess unterstützend begleiten.

3. Chancengleichheit beim Zugang zum Wohnungsmarkt gewährleisten

Die EKA steht für den chancengleichen Zugang zu Wohnraum ungeachtet der Nationalität und des Aufenthaltsstatus ein.

Begründung: Wohnungssuchende, die über keinen Schweizer Pass verfügen, die einen fremdländischen Namen tragen, die eine andere Hautfarbe besitzen oder die keinen langfristig gefestigten Aufenthaltsstatus vorzuweisen haben, werden bei der Vermietung von Wohnungen häufig benachteiligt oder mit besonderen Auflagen konfrontiert. Die EKA spricht sich dafür aus, der sozialen Durchmischung Rechnung zu tragen und Quoten von Anteilen bestimmter Gruppen in einem Gebäude oder einer Siedlung nicht als Ausgrenzungsinstrumente anzuwenden. Der Erfolg von Integrationsprozessen wird nicht durch die absoluten Bevölkerungsanteile, sondern durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Der Fokus der Bemühungen muss daher auf die Umsetzung von Integrationsförderungsmassnahmen gerichtet werden.

Adressaten: Vermieterinnen und Vermieter, Liegenschaftsverwaltungen und Immobilienbesitzer werden aufgerufen, von diskriminierenden Haltungen und Praktiken abzusehen und stattdessen auf Massnahmen der Integrationsförderung im Sinne einer «Willkommenskultur» zu setzen. Insbesondere grössere Wohnbauträger sowie Liegenschaftsverwaltungen von Gemeinden und Städten sind angesprochen, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen.

«Integrationshemmnisse beseitigen»

4. Mitwirkung der Bevölkerung bei der Raum- und Stadtplanung garantieren

Die EKA empfiehlt, dass im Rahmen der Mitwirkung der Bevölkerung gemäss Raumplanungsgesetz Art. 4 neue Bedürfnisse, insbesondere diejenigen der Migrationsbevölkerung, angemessen berücksichtigt werden.

Begründung: Richt- und Nutzungsplanungen sind langfristig angelegte Vorhaben auf kantonalen, regionalen und kommunalen Ebene. Die Realisierung etwa von Kultusbauten oder entsprechenden Einrichtungen scheitert häufig an bestehenden Zonenplänen, und es müssen nicht selten über komplizierte Wege Ausnahmegewilligungen erwirkt werden.

Adressaten: Die eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Planungsbehörden und Bauinspektorate sind aufgefordert, über ihre Richt- und Nutzungspläne die Voraussetzungen zur Errichtung von Bauten mit diesen Zwecken zu schaffen und im Rahmen der praktischen Umsetzung die Zusammenarbeit mit den Integrationsfachstellen sowie mit den Organisationen der Migrantinnen und Migranten zu suchen. Die bestehenden Kirchen (Landeskirchen) sind aufgefordert, anderen praktizierenden religiösen Gruppen bestimmte Räumlichkeiten für ihre Begegnung zu öffnen.

5. Eine einheitliche und auf Sorgfalt bedachte Praxis der Migrationsbehörden bei der Anwendung des Kriteriums der «angemessenen Wohnung» im Rahmen des Familiennachzugs sicher stellen

Die EKA unterstützt eine transparente und vergleichbare Anwendung des Kriteriums der «angemessenen Wohnung» durch die kantonalen Migrationsbehörden als Voraussetzung für den Familiennachzug. Ein frühzeitiger Nachzug der Familie ist aus integrationspolitischer Sicht ein zentrales Anliegen. Das Kriterium der angemessenen Wohnung ist deshalb flexibel anzuwenden und im Zweifelsfall ist auch dann die Familie nachzuziehen, wenn das Kriterium nicht in allen Punkten erfüllt werden kann.

Begründung: Die Bewilligung zum Familiennachzug wird bei Personen mit einer Jahresaufenthaltsbewilligung unter anderem vom Vorhandensein einer «angemessenen» (im nationalrätlichen Entwurf zum neuen Ausländergesetz von einer «bedarfsgerechten») Wohnung abhängig gemacht. Eine Umfrage bei den zuständigen Behörden in den Kantonen hat ergeben, dass sehr unterschiedliche Vorstellungen dazu existieren und die Praxis entsprechend variiert. Dies führt nicht nur zu einer Ungleichbehandlung je nach Kanton, sondern auch zu unterschiedlichen Gewichtungen im Verhältnis zu andern Voraussetzungen.

Adressaten: Die kantonalen Migrationsbehörden werden aufgerufen, die gegenwärtig praktizierten Anwendungen dieser Bestimmung schweizweit auf eine vergleichbare Grundlage zu stellen und auf der Basis von gemeinsam mit Integrationsfachstellen und Sozialdiensten entwickelten «Leitlinien» eine sorgfältige und im Sinne der Integration förderliche Praxis des Familiennachzugs zu gewährleisten.

6. Schlichtungsstellen in Mietangelegenheiten für die besonderen Anliegen von Zugewanderten sensibilisieren

Die EKA begrüsst die Sensibilisierung von Schlichtungsstellen in Mietangelegenheiten in Fragen der interkulturellen Kommunikation, um im Umgang mit Migrantinnen und Migranten, die sich in mietrechtlichen Fragen häufig nicht auskennen, befähigt zu werden. Sie schlägt vor, dabei auch Gesetzesänderungen zu prüfen, welche die Grundlage dafür schaffen, dass gut integrierte Personen ohne Schweizer Bürgerrecht in Schlichtungsbehörden gewählt werden können.

Begründung: Im Bereich des Mietrechts sind vor allem Informationsdefizite bei seit kurzem in die Schweiz eingewanderten Migrantinnen und Migranten festzustellen, welche mit den Gepflogenheiten im Mieterland Schweiz nicht vertraut sind. Konflikte basieren deshalb häufig auf Unkenntnis mietrechtlicher Regeln. Die Schlichtungsstellen in Mietangelegenheiten tragen an zentraler Stelle dazu bei, dass Konflikte aufgrund von Mietverhältnissen einvernehmlichen Lösungen zugeführt werden. Ihre Sensibilisierung zu Fragen der Integration kann dazu beitragen, diese Aufgabe für alle Bevölkerungsteile ohne Unterschied wahrnehmen zu können.

Adressaten: Die Schlichtungsbehörden sind aufgerufen, in Zusammenarbeit mit den Integrationsfachstellen der Gemeinden und Kantone den Zugang zu den Beratungsfunktionen dieser Stellen auch für Zugewanderte sicher zu stellen. Ferner sind die entsprechenden kantonalen Gesetze so anzupassen, dass im Sinne der Partizipation aller Bevölkerungsteile auch Personen ohne Schweizer Bürgerrecht Einsitz in eine Schlichtungsbehörde nehmen können.

Publications consacrées au thème
«l'intégration et l'habitat» dans la série
«Documentation sur la politique d'intégration».

**Le logement «convenable» en tant que condition pour
le regroupement familial.**

La pratique des cantons en comparaison.

Alberto Achermann

Aménagement du territoire dans la société pluraliste

*avec des contributions de Regina Kiener/Mathias Kuhn,
Wolf Seidel ainsi que les résultats de l'atelier de travail
«Aménagement du territoire et intégration»*

Projets d'intégration à l'échelon des quartiers.

Un dossier orienté sur la pratique. (Titre de travail)

*Commission fédérale des étrangers, Office fédéral du
logement et Office fédéral du développement territorial (éd.)
Parution 2005*

**Ouverture interculturelle des services de conciliation
en matière de baux à loyer. (Titre de travail)**

*Commission fédérale des étrangers, Office fédéral
du logement et Office fédéral des migrations (éd.)
Parution 2005*

Commandes:

Secrétariat CFE

Quellenweg 9

CH-3003 Berne-Wabern

031 325 91 16

eka-cfe@imes.admin.ch

www.eka-cfe.ch

Intégration et habitat – logement, politique de l’habitat et aménagement du territoire

Recommandations de la CFE

Introduction

L’habitat constitue un élément essentiel de notre vie de tous les jours. Une partie considérable de notre quotidien se déroule dans notre propre logement et en cohabitation avec notre entourage direct. Il n’est donc de loin pas insignifiant de savoir comment se présente la situation du logement dans les cas concrets, de connaître la situation du voisinage ou d’apprendre comment l’accès aux institutions publiques évolue.

Comparées aux autres pays européens et aux grandes métropoles de notre planète, les concentrations de certains groupes de population d’une provenance particulière ne pèsent pas beaucoup dans le paysage helvétique, puisque celui-ci se compose d’agglomérations dispersées et de taille réduite. Quelques quartiers de grandes villes présentent certes une proportion relativement élevée d’étrangers. Ces groupes de population se composent toutefois de personnes provenant d’origines très diverses. En outre, il est évident que ce sont surtout les représentants des couches sociales les plus basses qui demeurent dans des quartiers moins favorables. Les personnes de basse condition sociale – et peu importe au demeurant qu’elles aient ou non un passeport suisse – portent dès lors la charge principale de l’intégration, car cette dernière est au premier chef un défi socioéconomique. Les étrangers aisés qui habitent des quartiers où la qualité de vie est élevée ne sont, en règle générale, pas ressentis comme des «étrangers».

Depuis les années huitante et nonante, avec l’évolution de la politique urbanistique et les développements constatés à Paris, Berlin ou Londres, on parle de tendances ségrégationnistes aussi dans certaines villes suisses. Bien que la situation en Suisse ne puisse de loin pas être comparée à celle des autres pays d’Europe, les quartiers avec un pourcentage beaucoup plus élevé d’étrangers (nettement défavorisés) sont ressentis comme une me-

nace et comme une source de conflits. Ce phénomène se traduit notamment par le fait que certaines gérances immobilières ne louent plus qu’un certain nombre de leurs logements disponibles à des ressortissants étrangers ou les excluent même carrément. Les familles suisses et les étrangers mieux nantis quittent ces quartiers étiquetés «ghettos d’étrangers».

Lorsqu’une couche de la population prend de telles mesures de défense, il y a un besoin d’agir. Il y va de l’intérêt d’une société tout entière d’empêcher que de telles discriminations se produisent. En effet, il n’y a pas que des raisons morales qui militent en faveur de la nécessité d’enrayer le discrédit de certains groupes de personnes. Il existe bien d’autres enjeux encore et non des moindres – politique d’intégration, politique d’urbanisme, perspectives économiques – pour assurer une bonne qualité de vie à toutes les couches de la population et dans tous les quartiers d’une ville ou tout au moins l’améliorer rapidement. L’accès au marché du logement, aux lieux publics, aux zones de détente de proximité et à l’infrastructure doit être rendu possible à toutes les parties de la population, de manière à pouvoir assurer une cohabitation paisible et une solidarité sociale.

Assurer l’égalité de traitement et promouvoir l’égalité des chances

La tâche de la CFE est de se pencher sur les questions de l’intégration des étrangers en Suisse et de la cohabitation entre la population suisse et étrangère. Ce faisant, elle soulève régulièrement des sujets ayant une importance en matière de politique d’intégration et en fait les thèmes principaux d’une réflexion approfondie en vue de pouvoir apporter ses conclusions dans les débats d’ordre politique. En 2003, la CFE s’était penchée sur le thème «Intégration et travail». En 2004 et 2005, le thème «Intégration et habitat – logement, politique de

l'habitat et aménagement du territoire» occupera une place de choix dans les préoccupations de la CFE. Elle se considère ainsi comme étant l'avocate défendant les besoins spécifiques des migrants. Toutefois, la CFE relève que de nombreux problèmes auxquels sont confrontés les immigrés concernent également nombre de ressortissants suisses. Voilà pourquoi, dans les considérations qui suivent, il ne s'agit pas de se servir d'un groupe de la population contre un autre, mais bien plutôt de suivre des pistes et d'agir pour que les besoins communs de toutes les parties de la population – population suisse comprise – puissent être couverts. Il est évident que la CFE mise sur le principe de la garantie de l'égalité de traitement entre les autochtones et les immigrés et de la promotion de l'égalité des chances pour les couches de la population défavorisées.

En approfondissant son thème annuel «Intégration et habitat», la CFE a mené à bien les activités les plus diverses: elle a élaboré un tissu relationnel avec les acteurs essentiels dans ce domaine; elle a commis des études et des recherches sur diverses questions concrètes et élaboré des ébauches de solutions possibles au sein de nombreux ateliers de travail; elle s'est rendue sur place pour s'informer au sujet de projets et d'initiatives et discuter avec des habitants; elle a aussi lancé toute une série de nouveaux projets qui ont pour objet principal l'amélioration de l'intégration en matière d'habitat. Outre les recommandations qui suivent, de nombreuses publications sur les aspects spécifiques de la politique d'intégration dans le domaine de l'habitat et de la politique de l'habitat sortiront de presse. Ainsi, les connaissances approfondies qui ont pu être acquises à partir de cette matière devraient être utiles aux acteurs concernés. Ces précieux instruments de travail, ainsi que d'ultérieures évolutions du thème central «Intégration et habitat», figureront ces prochains mois et ces prochaines années sur le site Web de la CFE (voir www.eka-cfe.ch).

Les recommandations de la CFE

A la suite de ses recherches et de ses discussions avec divers acteurs œuvrant dans le domaine de l'habitat et de la politique de l'habitat, la CFE constate qu'il y a surtout un besoin d'agir dans deux domaines: les recommandations sous le titre «Faciliter la cohabitation» se réfèrent à des améliorations et à des mesures de proximité en matière de cohabitation dans l'immeuble et dans le quartier. Les recommandations sous le titre «Éliminer les obstacles à l'intégration» s'étendent, elles, à des améliorations structurelles et à des questions soit juridiques soit urbanistiques.

«Faciliter la cohabitation»

1. Promouvoir la qualité de vie dans les quartiers

La CFE plaide en faveur de vastes mesures en vue de promouvoir la qualité de vie et la qualité de l'habitat dans tous les quartiers. Ce faisant, elle se prononce en faveur d'une ébauche pluraliste qui aurait l'avantage d'unir les divers projets et les diverses initiatives. On pense notamment à la mise à disposition de structures attrayantes pour la pré-scolarité ou la scolarité, la création d'offres de loisirs en faveur des jeunes, le rattachement d'un quartier aux moyens de transports publics ou les investissements en vue d'aménager les espaces publics d'une manière plus agréable pour les habitants du quartier. En réalisant de telles mesures, il y aura lieu de tenir compte des aspects permettant de promouvoir l'intégration.

Motifs: Nombre de quartiers considérés aujourd'hui comme défavorisés sont aussi négligés quant à leur accès aux installations et aux prestations publiques. De plus, rien n'a été fait pour améliorer l'aménagement de leurs espaces publics. Le fait qu'il y ait un pourcentage beaucoup plus élevé d'immigrés dans de tels lieux est tout à fait symptomatique du fait des déficits en matière de politique d'intégration qu'il y a lieu de combler.

Destinataires: Les politiciens et politiciennes qui s'occupent des questions de l'habitat, les autorités municipales qui se préoccupent d'urbanisme et de planification de quartiers ainsi que les maîtres d'œuvre concernés sont appelés à prendre des mesures permettant d'améliorer la qualité de vie dans tous les quartiers afin de résoudre les problèmes lancinants de la cohabitation.

2. Renforcer la collaboration des acteurs dans le domaine de l'habitat

La CFE s'exprime en faveur d'une collaboration accrue et plus étroite entre les bailleurs et les locataires ainsi qu'avec les personnes clé, notamment les concierges et les gérants d'immeubles sur place. Elle plaide pour la détermination de règles claires, pour une information ciblée quant aux règles communes de cohabitation ainsi que pour les droits et les obligations de chaque acteur particulier. Elle soutient la sensibilisation de prestataires sur le marché du logement aux questions de l'intégration des étrangers et elle encourage les compétences interculturelles des personnes clé.

Motifs: Les conflits de voisinage dans les immeubles éclatent souvent à cause de comportements différents et d'une pondération différente de ce que les particuliers considèrent ou non comme crucial pour une cohabitation paisible. Mais les différends surgissent aussi assez souvent en raison d'une méconnaissance des droits et des obligations en matière de bail à loyer. Les lacunes en termes d'information et le manque ou l'insuffisance d'échanges entre les différents acteurs créent aussi nombre de tensions et d'incompréhensions.

Destinataires: Tous les acteurs concernés, bailleurs, locataires, gérants d'immeubles, concierges, voire d'autres services actifs dans le quartier (école, loisirs, etc.) sont appelés à échanger leurs expériences quant aux problèmes concrets et aux conflits qui éclatent; ils sont également invités à se concerter sur les règles communes à respecter et à contribuer à la sensibilisation dans le domaine (interculturel) de la communication. Les associations en question œuvrant sur le plan national et régional pourront accompagner et soutenir ce processus par une sensibilisation de l'opinion publique et par une information bien ciblée.

3. Garantir l'égalité des chances pour l'accès au marché du logement

La CFE s'engage en faveur de l'égalité des chances face au marché du logement indépendamment de la nationalité et du statut du séjour des personnes.

Motifs: Les personnes qui cherchent un appartement mais qui n'ont pas la nationalité suisse, qui portent un nom à consonance étrangère, qui n'ont pas la même couleur de peau ou qui ne peuvent faire état d'un statut de séjour bien établi ou fondé sur une longue durée de séjour en Suisse sont fréquemment désavantagées pour la location d'appartement ou confrontées à des exigences particulières. La CFE préconise de tenir compte d'une mixité sociale. Elle estime qu'il ne faudrait pas fixer de quotas de certains groupes ethniques dans un immeuble ou dans un lotissement et s'en servir comme instrument d'exclusion. Le succès du processus intégratoire n'est, en effet, pas déterminé par des quotes-parts absolues de la population, mais bien davantage par les conditions cadre de la société civile. Il conviendra donc de se focaliser sur la mise en pratique des mesures de promotion de l'intégration.

Destinataires: Bailleurs, gérances immobilières et propriétaires d'immeubles sont appelés à se distancer de comportements ou de pratiques discriminatoires et à miser au contraire sur des mesures de promotion de l'intégration des étrangers. Dans ce sens, ils développeront «une culture de bienvenue». Ce sont les grands maîtres d'œuvre, tout comme les gérances immobilières des communes et municipalités, qui devraient jouer ici un rôle de précurseur.

«Éliminer les obstacles à l'intégration»

4. Garantir la participation de la population en matière de planification urbaine ou de l'aménagement du territoire

La CFE recommande de respecter les dispositions de l'article 4 de la loi sur l'aménagement du territoire et, en matière de participation de la population, de tenir compte de manière équitable de ses nouveaux besoins, en particulier de ceux de sa population d'immigrés.

Motif: Les plans directeurs et les plans d'utilisation sont des projets de longue haleine dressés sur le plan cantonal, régional ou communal. La réalisation de bâtiments de culte ou d'installations similaires échoue fréquemment en raison de l'existence de plans de zones et il n'est pas rare que des dérogations (autorisations d'exception) doivent être sollicitées par des voies administratives difficiles.

Destinataires: Les autorités fédérales, cantonales et communales de planification ainsi que les inspectorats à la construction sont appelés à créer les conditions nécessaires pour la construction de tels immeubles dans leurs plans directeurs et plans d'utilisation et à rechercher une collaboration active avec les services chargés de l'intégration des étrangers et avec les organisations de migrants lorsqu'il s'agit de concrétiser ces plans. Les églises nationales sont invitées à ouvrir certains de leurs locaux pour permettre à d'autres groupes religieux pratiquants de se rencontrer.

5. Garantir une pratique sérieuse et uniforme en matière de migration lorsqu'il s'agira d'appliquer le critère du «logement convenable» en vue du regroupement familial.

La CFE soutient une application transparente et comparable du critère du «logement convenable» par les autorités cantonales compétentes en matière de migration, ce critère étant une condition pour le regroupement familial. Le regroupement familial précoce est un postulat primordial du point de vue de la politique de l'intégration. Voilà pourquoi il convient d'appliquer le critère du logement convenable d'une manière aussi souple que possible et, en cas de doute, de permettre également le regroupement familial, même si l'immigré ne satisfaisait pas à ce critère dans les moindres détails.

Motif: Chez les personnes bénéficiant d'une autorisation de séjour à l'année, l'autorisation du regroupement familial est liée notamment à la condition qu'elles disposent d'un logement «convenable» (dans le projet de la nouvelle loi fédérale sur les étrangers, adopté par le Conseil national, l'expression consacrée est «adapté à leurs besoins»). Une enquête réalisée auprès des autorités cantonales compétentes a révélé qu'il existe des interprétations très diverses de cette définition et que la pratique varie fortement d'un canton à l'autre. Ce phénomène ne conduit pas seulement à une inégalité de traitement selon le canton, mais également à des pondérations différentes face aux autres conditions à remplir.

Destinataires: Les autorités cantonales compétentes en matière de migration sont appelées à poser partout des bases comparables pour l'application pratique de cette disposition sur le plan national. Elles sont invitées à élaborer des «directives» de concert avec les services spécialisés en matière d'intégration et avec les services sociaux, pour garantir une pratique du regroupement familial uniforme et favorable aux efforts d'intégration des étrangers dans notre pays.

6. Sensibiliser les services de conciliation dans les affaires de baux à loyer lorsqu'il s'agit de souhaits particuliers d'immigrés

La CFE salue la sensibilisation des services de conciliation dans les affaires de baux à loyer. Elle estime qu'il convient de les rendre compétents lorsqu'il s'agit de traiter des questions de communication interculturelle, afin d'aider les étrangers qui ne connaissent souvent rien aux questions de droit du bail à loyer. La CFE propose donc d'examiner également des modifications de loi qui consisteraient à créer les bases juridiques nécessaires pour permettre à des personnes de nationalité étrangère, mais parfaitement bien intégrées, d'être élues dans les services de conciliation.

Motifs: De sérieuses lacunes en matière d'information sur les baux à loyer sont constatées surtout chez les migrants arrivés depuis peu en Suisse. Ces personnes n'ont pas la moindre idée des us et coutumes en matière de location. Voilà pourquoi les conflits qui éclatent ont fréquemment pour origine une méconnaissance du droit du bail et de ses règles spécifiques. Les services de conciliation en matière de baux à loyer contribuent grandement à trouver des solutions viables pour toutes les parties. Leur sensibilisation aux questions d'intégration peut contribuer à ce que cette tâche soit appréhendée par toutes les couches de la population sans distinction.

Destinataires: Les services de conciliation sont appelés à garantir une fonction de conseiller aux immigrés dans le régime du bail à loyer, en étroite collaboration avec les Délégués cantonaux ou communaux à l'intégration. Il conviendra en outre d'adapter les lois cantonales en la matière, de telle façon que des personnes de nationalité étrangère siègent dans ces services de conciliation dans l'esprit de garantir une participation de toutes les couches de la population.

Publicazioni sul tema «Integrazione e abitato» nella serie «Documentazione sulla politica d'integrazione»

L'alloggio «conveniente» quale presupposto per il ricongiungimento familiare.

Le prassi dei Cantoni a confronto.

Alberto Achermann

Pianificazione del territorio nella società pluralistica

con contributi di Regina Kiener / Mathias Kuhn, Wolf Seidel, nonché i risultati del workshop «Pianificazione del territorio e integrazione»

Progetti integrativi a livello di quartiere.

Un incarto orientato alla prassi. (Titolo di lavoro)

*Commissione federale degli stranieri, Ufficio federale delle abitazioni e Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ed.)
Uscita 2005*

Apertura interculturale delle istanze di conciliazione in materia di locazione e di affitto. (Titolo di lavoro)

*Commissione federale degli stranieri, Ufficio federale delle abitazioni e Ufficio federale delle migrazioni (ed.)
Uscita 2005*

Ordinazione:

Segreteria CFS

Quellenweg 9

CH-3003 Berna-Wabern

031 325 91 16

eka-cfe@imes.admin.ch

www.eka-cfe.ch

Integrazione e abitato – Alloggio, politica residenziale e pianificazione del territorio»

Raccomandazioni della CFS

Introduzione

La situazione abitativa è un aspetto centrale della vita quotidiana. Una parte considerevole del nostro vivere si svolge nel proprio alloggio e a contatto con l'ambiente direttamente circostante. La situazione abitativa, i rapporti con i vicini e l'accesso ai servizi collettivi non sono pertanto fattori irrilevanti.

Al confronto con gli altri Paesi europei e con le grandi metropoli nel mondo intero, gli agglomerati svizzeri, di piccole dimensioni e assai densamente abitati, sono meno soggetti alla concentrazione di gruppi di popolazione di una determinata provenienza. Alcuni quartieri presentano una proporzione di stranieri relativamente elevata, ma si tratta di persone di origini disparate. Si osserva inoltre che sono soprattutto le persone di estrazione sociale inferiore a risiedere nei quartieri meno favoriti. Sono pertanto queste persone socialmente svantaggiate – con o senza passaporto svizzero – a portare quasi tutto il peso dell'integrazione, la quale rappresenta in prima linea una sfida socio-economica. Gli stranieri di estrazione sociale superiore abitano in quartieri che si distinguono per un livello di vita elevato – e di regola non sono considerati come «stranieri».

Sin dagli anni Ottanta e Novanta, nel contesto della politica di sviluppo urbano e nell'ottica degli sviluppi constatati a Parigi, Berlino e Londra, si parla sovente di tendenze segreganti anche nelle Città svizzere. Benché la situazione in Svizzera sia solo lontanamente paragonabile a quella degli altri Paesi d'Europa, i quartieri caratterizzati da una proporzione di stranieri (sfavoriti) superiore alla media sono percepiti come una minaccia e come una fonte di conflitti. Ciò ha indotto le amministrazioni d'immobili ad affittare solo una parte degli appartamenti disponibili a persone senza passaporto svizzero, se non addirittura a precludere loro interamente l'accesso a tali alloggi. Altra conseguenza dell'impressione di minaccia sopra descritta è il fatto che le famiglie sviz-

zere o le famiglie straniere più agiate lasciano i quartieri stigmatizzati come «ghetti di stranieri».

Tali atteggiamenti difensivi denotano una necessità d'intervento. È nell'interesse della società intera impedire le discriminazioni. Infatti, non solo è un dovere morale evitare il discredito di interi gruppi di persone, ma è parimenti assai importante, nell'ottica della politica integrativa, della politica di sviluppo urbano e dell'economia pubblica, garantire e se del caso migliorare la qualità di vita per tutti i gruppi di popolazione in tutti i quartieri. Tutte le parti della popolazione devono poter accedere al mercato degli alloggi, agli spazi pubblici, ai parchi ricreativi e all'infrastruttura. Solo così è possibile una coabitazione consensuale e una società all'insegna della coesione sociale.

Garantire la parità di trattamento e promuovere la parità di opportunità

È compito della CFS trattare le questioni inerenti all'integrazione e alla coabitazione della popolazione svizzera e della popolazione straniera. La CFS solleva regolarmente temi con una rilevanza dal profilo della politica integrativa, ponendoli al centro delle sue attività. Dall'approfondimento di questi temi scaturiscono nuovi impulsi per il dibattito politico. Nel 2003, la CFS si è confrontata con la tematica «Integrazione e lavoro», mentre per il periodo 2004 – 2005 incentrerà il suo lavoro su «Integrazione e abitato – Alloggio, politica residenziale e pianificazione del territorio». Trattando questi temi, la CFS si fa l'avvocato dei bisogni specifici dei migranti. Nel contempo essa rileva tuttavia che numerosi problemi cui sono confrontati gli immigrati concernono anche i cittadini svizzeri. Le considerazioni qui appresso non intendono pertanto mettere i diversi gruppi di popolazione gli uni contro gli altri. Al contrario, i provvedimenti perseguiti vanno concepiti in funzione dei bisogni comuni a tutte le parti della popolazione – inclusi i cittadini svizzeri. La CFS punta sul principio della garanzia della

parità di trattamento degli autoctoni e degli immigrati e sul promovimento della parità di opportunità per le persone sfavorite.

L'approfondimento della tematica «Integrazione e abitato» ha indotto la CFS a intraprendere diverse attività. Essa ha creato una rete comprendente i principali interessati, ha dato incarichi per ricerche su questioni concrete, ha elaborato possibili soluzioni nel contesto di workshops, ha raccolto sul posto informazioni relative ai progetti, ha discusso con gli abitanti di quartieri e ha lanciato una serie di progetti volti a migliorare l'integrazione nel settore dell'abitato. Oltre alle raccomandazioni qui appresso, vi è una serie di pubblicazioni vertenti su aspetti specifici della politica integrativa nel settore dell'abitazione. Grazie a ciò, il know-how scaturito dal confronto con la problematica è messo a disposizione delle persone o cerchie direttamente interessate. Questi strumenti di lavoro nonché gli ulteriori sviluppi del tema centrale «Integrazione e abitato» saranno documentati nei prossimi mesi ed anni sul sito internet della CFS (www.eka-cfe.ch).

Raccomandazioni della CFS

In base alle sue ricerche e discussioni con persone direttamente interessate nel settore della politica dell'abitazione e d'insediamento, la CFS constata un bisogno d'intervento segnatamente a due livelli: le raccomandazioni incentrate sull'agevolamento della coabitazione si riferiscono a miglioramenti e provvedimenti relativi alla coabitazione nel palazzo e nel quartiere. Le raccomandazioni volte ad eliminare gli ostacoli all'integrazione sono incentrate su miglioramenti strutturali e questioni di carattere giuridico o pianificatorio.

«Facilitare la coabitazione»

1. Promuovere la qualità di vita nei quartieri

La CFS è favorevole a provvedimenti globali volti a promuovere la qualità di vita e di alloggio in tutti i quartieri. Essa è pertanto partigiana di un approccio pluralistico basato sull'interconnessione di diversi intenti ed iniziative. Si pensi alla creazione di strutture attrattive nel settore scolastico e prescolastico, alla messa a punto di offerte destinate ai giovani per organizzare il tempo libero, al collegamento alla rete di mezzi di trasporto pubblici o ad investimenti per uno spazio pubblico consono ai bisogni degli abitanti. Nell'attuazione di siffatti provvedimenti occorre prestare particolare attenzione agli aspetti atti a promuovere l'integrazione.

Motivazione: Molti quartieri considerati oggi come problematici sono negletti anche dal profilo dell'accesso alle strutture e alle offerte pubbliche nonché della pianificazione del territorio. Il fatto che in tali zone si riscontri tendenzialmente un numero elevato di immigrati è sintomatico delle lacune esistenti dal profilo della politica integrativa.

Persone mirate: I politici che si occupano di questioni inerenti all'abitato e alla politica residenziale, le autorità comunali e di quartiere nonché gli imprenditori edili interessati sono invitati a trattare con la massima priorità i provvedimenti da adottare onde promuovere la qualità di vita in tutti i quartieri, tenuto conto dei problemi impellenti in materia di coabitazione.

2. Rafforzare la cooperazione delle parti interessate nel settore dell'abitazione

La CFS è favorevole a una maggiore cooperazione tra locatori, inquilini e persone chiave quali ad esempio i portinai o gli amministratori immobili sul posto. Essa propone che siano stabilite chiaramente le regole comuni della coabitazione nonché i diritti e doveri delle diverse parti interessate. Occorre inoltre un'informazione mirata in tal senso. La CFS appoggia la sensibilizzazione degli operatori sul mercato dell'alloggio a questioni concernenti l'integrazione e il promovimento delle competenze interculturali delle persone chiave.

Motivazione: I conflitti tra inquilini sono spesso causati da comportamenti diversi e da concezioni divergenti per quel che concerne i valori centrali che consentono una coabitazione consensuale. Non di rado insorgono diverbi anche a motivo dell'ignoranza dei diritti e doveri nel contesto del contratto d'affitto. Anche la mancanza d'informazione e di scambio tra le parti interessate provoca tensioni e incomprensioni.

Persone mirate: Tutte le parti interessate, ovvero locatori, inquilini, amministratori immobili, portinai e altre istituzioni attive nel quartiere (scuola, tempo libero, ecc.) sono invitate a comunicare tra di loro per quel che concerne problemi concreti e conflitti, a stabilire regole comuni e a contribuire alla sensibilizzazione nel settore della comunicazione (interculturale). Le pertinenti associazioni a livello nazionale e regionale possono accompagnare e sostenere tale processo mediante un lavoro di sensibilizzazione e d'informazione mirata.

3. Garantire la parità di opportunità nell'accesso al mercato degli alloggi

La CFS si fa garante della parità di opportunità per quel che concerne l'accesso allo spazio abitativo, indipendentemente dalla nazionalità e dallo statuto di soggiorno.

Motivazione: Le persone in cerca di un appartamento che non dispongono di un passaporto svizzero, portano un nome straniero, hanno un'altro colore di pelle o non possiedono uno statuto durevole dal profilo del diritto di soggiorno, sono sovente svantaggiate o sottoposte a condizioni speciali per ottenere un appartamento in affitto. La CFS propone che sia tenuto conto della mescolanza sociale e che non ci si serva delle quote di inquilini di una determinata provenienza come di uno strumento di discriminazione. Il successo dei processi integrativi non si misura mediante cifre assolute, bensì prendendo in considerazione le condizioni sociali generali. Occorre pertanto porre l'accento sull'attuazione dei provvedimenti volti a promuovere l'integrazione.

Persone mirate: I locatori, gli amministratori e i proprietari immobili sono invitati a distanziarsi da comportamenti e prassi discriminanti e ad applicare invece provvedimenti volti a promuovere l'integrazione nel senso di una «cultura del benvenuto». Segnatamente i maggiori imprenditori edili nonché le amministrazioni degli immobili di Comuni e Città sono invitati ad assumere un ruolo di precursori.

«Eliminare gli ostacoli all'integrazione»

4. Garantire la partecipazione della popolazione alla pianificazione urbana e del territorio

La CFS raccomanda che, nel contesto della partecipazione della popolazione ai sensi dell'articolo 4 della legge sulla pianificazione del territorio, siano presi adeguatamente in considerazione i nuovi bisogni, segnatamente della popolazione migrante.

Motivazione: I piani direttori e d'utilizzazione sono progetti a lungo termine a livello cantonale, regionale e comunale. La realizzazione, ad esempio, di edifici di culto o di pertinenti installazioni è sovente ostacolata dai piani d'utilizzazione esistenti e necessita sovente complicati iter per ottenere autorizzazioni speciali.

Persone mirate: Le autorità federali, cantonali e comunali di pianificazione e gli ispettorati edili sono invitati, mediante i loro piani direttori e d'utilizzazione, a creare i presupposti per la costruzione di siffatti edifici e, nel contesto dell'applicazione pratica, a sollecitare la collaborazione dei servizi specializzati per l'integrazione nonché delle organizzazioni di migranti. Le Chiese nazionali sono invitate a mettere determinati locali a disposizione di altri gruppi religiosi praticanti affinché possano tenervi i loro incontri.

5. Garantire una prassi unitaria ed accurata, da parte delle autorità competenti in materia di migrazione, nel contesto dell'applicazione del criterio dell'«abitazione conveniente» per il ricongiungimento familiare

La CFS è favorevole a un'applicazione trasparente e paragonabile, da parte delle autorità cantonali competenti in materia di migrazione, del criterio dell'«abitazione conveniente» quale presupposto per il ricongiungimento familiare. Il ricongiungimento familiare precoce riveste un'importanza centrale per la politica integrativa. Il criterio dell'abitazione adeguata va pertanto applicato in maniera flessibile. Nei casi dubbi, la famiglia deve poter raggiungere il parente in Svizzera anche se detto criterio non è adempito in tutto e per tutto.

Motivazione: L'autorizzazione del ricongiungimento familiare per persone titolari di un permesso di dimora annuale dipende tra l'altro dall'esistenza di un'abitazione «conveniente» (nel dibattito relativo alla nuova legge sugli stranieri, il Consiglio nazionale preferisce il termine di «conforme ai bisogni»). Un'inchiesta presso le competenti autorità cantonali ha rivelato che esistono in merito concezioni assai diverse e che pertanto anche la prassi in materia è assai variata. Ciò provoca non solo una disparità di trattamento tra un Cantone e l'altro, bensì anche divergenze per quel che concerne l'importanza attribuita a tale criterio rispetto ad altri.

Persone mirate: Le autorità cantonali competenti in materia di migrazione sono invitate ad armonizzare l'applicazione di tale disposizione, in modo da creare una prassi paragonabile a livello svizzero e da garantire, in base alle linee direttrici elaborate con i servizi specializzati in materia d'integrazione e con i servizi sociali, una prassi accurata in materia di ricongiungimento familiare, volta a promuovere l'integrazione.

6. Sensibilizzare gli Uffici di conciliazione in materia di locazione e di affitto ai bisogni specifici degli immigrati

La CFS vede di buon occhio la sensibilizzazione degli Uffici di conciliazione in materia di locazione e di affitto alle questioni della comunicazione interculturale. In tal modo, queste istanze acquistano nuove competenze nel comunicare con persone straniere, le quali sovente non conoscono le questioni del diritto in materia di locazione e di affitto. La CFS propone che sia esaminata l'eventualità di procedere a modifiche di legge al fine di creare una base per l'elezione in seno ai predetti uffici di conciliazione di persone straniere ben integrate.

Motivazione: Nel settore del diritto in materia di locazione e di affitto si constatano soprattutto deficit d'informazione presso le persone immigrate da poco in Svizzera e quindi poco familiarizzate con gli usi svizzeri in materia di locazione ed affitto. I conflitti sono infatti spesso legati all'ignoranza delle regole del diritto in tale contesto. Gli uffici di conciliazione in materia di locazione e di affitto contribuiscono, grazie al loro ruolo centrale, ad appianare i conflitti insorti nei rapporti di locazione, elaborando soluzioni consensuali. La sensibilizzazione di questi uffici alle questioni dell'integrazione può contribuire a che svolgano le loro mansioni in maniera uguale per tutti, indipendentemente dalla nazionalità delle parti in presenza.

Persone mirate: Le autorità di conciliazione sono invitate, in collaborazione con i servizi cantonali e comunali specializzati per l'integrazione, a garantire anche agli immigrati l'accesso alle funzioni consultive delle istanze di conciliazione. Occorre inoltre modificare le pertinenti leggi cantonali così da consentire anche a persone straniere di sedere in seno a tali autorità di conciliazione – ai sensi della partecipazione di tutti i gruppi di popolazione alla vita sociale del Paese.

